Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde

am Dienstag, dem 26. Mai 2020,

in der Nimberghalle im Ortsteil Nimburg

Verhandelt: Teningen, den 26. Mai 2020

Anwesend:

1. Vorsitzender: Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker
2. Gemeinderäte: Christian Bader, Gabriele Bürklin, Britta Endres, Bernhard Engler, Stefan Engler, Felix Fischer, Michael Gasser, Roswitha Heidmann, Pascal Heß, Thomas Hügler, Michael Kefer, Regina Keller, Dr. Dirk Kölblin, Herbert Luckmann, Erwin Mick, Annika Roser, Dr. Peter Schalk, Ralf Schmidt, Martina Sexauer, Karl-Theo Trautmann, Bernhard Wieske
3. Beamte, Angestellte usw.: Oberrätin Evelyne Glöckler
Ortsbaumeister Daniel Kaltenbach
Verwaltungsfachwirt Hartmut Ehret
Amtsrat Werner Kehl
Verwaltungsfachangestellte Andrea Rappenecker
Verwaltungspraktikantin Nicole Schönstein
Ortsvorsteher Hans-Ulrich Lutz

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

- zu der Verhandlung durch Ladung vom 18. Mai 2020 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
- Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 20. Mai 2020 ortsüblich bekanntgegeben worden sind und
- das Kollegium beschlussfähig ist, weil 22 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: GR R. Kopfmann (krank);

nicht beurlaubt oder aus anderen Gründen: -/-

Als Urkundspersonen wurden ernannt: Die Unterzeichnenden

Zuhörer: 8 Personen

Beginn der Sitzung: 19:13 Uhr

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände eingetreten und Folgendes beschlossen:

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28. April 2020
2. Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer
3. Finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise; Sachstand 628/2020
4. Regenüberlaufbecken "Breitigen"; Umbauplanung 632/2020
5. Erneuerung der Wasserleitung in der Robert-Bosch-Straße; Vergabe der Ingenieurleistungen 633/2020
6. Schulerweiterungsplanung; Schulzentrum Teningen - Bauabschnitt 2; Schulküchen 631/2020
7. Beitritt zur Initiative Motorradlärm 635/2020
8. Änderung der Hauptsatzung 627/2020
9. Annahme von Spenden 629/2020
10. Bauanträge 623/2020
11. Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer
12. Anfragen und Bekanntgaben

1.

Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28. April 2020

Die Beschlussfassung zu nachgenanntem Tagesordnungspunkt der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28. April 2020 wurde bekanntgegeben:

Genehmigung der Sitzungsniederschriften der öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18. Februar 2020

Die Sitzungsniederschriften der öffentlichen und nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18. Februar 2020 wurden unterzeichnet.

2.

Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

3.

Finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise:

Sachstand

Vorlage: 628/2020

Eine Zusammenstellung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gemeinde Teningen (Stand Mai 2020) wurde den Mitgliedern des Gemeinderates ausführlich durch den Bürgermeister und die Kämmerin Evelyne Glöckler dargestellt, insbesondere

- Prognose der „Mai-Steuerschätzung“ durch Corona auf das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Teningen,
- Gebührenauffälle April und Mai 2020,
- „Coronabedingte“ Mehraufwendungen,
- Aufwendungen für ausgesetzte Leistungen sowie
- Soforthilfe für Kommunen.

Zurückzustellende Maßnahmen und auch die Mittelfristige Finanzplanung sollen in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten werden.

Die aus der Mitte des Gremiums gestellten Fragen wurden ausführlich beantwortet und erläutert, insbesondere u.a. zu folgenden Themen:

- Überlassung einer Übersicht der Konsolidierungsmaßnahmen
- Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte (keine Gebühren- und Mieterhöhungen)
- Vereinszuschüsse

Der Gemeinderat nahm hiervon Kenntnis.

4.

Regenüberlaufbecken "Breitigen":

Umbauplanung

Vorlage: 632/2020

Im Zuge der Überarbeitung und Neuaufstellung der Generalentwässerungsplanung (GEP) für die Gemeinde Teningen wurden durch die Genehmigungsbehörden Reduzierungen der Schmutzfrachtbelastungen aus dem Regenüberlaufbecken (RÜB) „Breitigen“ gefordert. Diesbezüglich wurde ein gewässerökologisches Gutachten zum Kesselgraben notwendig. Als Hauptursache für die im Kesselgraben und nachfolgend im Dorfbach festgestellten hohen Gewässergütedefizite wurden die Mischwasserentlastungen aus dem Regenüberlaufbecken „Breitigen“ ausgemacht. In Folge ist die Reduktion der Gewässerbelastungen durch das RÜB „Breitigen“ die

Voraussetzung für eine Verbesserung der Gewässerqualität. Das Bauwerk ist entsprechend zu ertüchtigen und umzubauen. Dies geht aus der übergangsweisen, bis zur Rechtskraft der wasserrechtlichen Erlaubnis des GEP Teningen erfolgten Entscheidung des Landratsamtes vom 28. Februar 2020 zur Regelung der Einleitung des Niederschlagswassers in den Vorfluter hervor. Diese Maßnahmen sind somit auch Voraussetzung für die Genehmigung der Generalentwässerungsplanung.

Die Generalentwässerungsplanung wurde im Auftrag der Gemeinde Teningen erstellt und weiter betreut. Das Ingenieurbüro Wald & Corbe wurde zur Abgabe eines Honorarangebotes für die Ingenieurleistungen zur Ertüchtigung bzw. den Umbau des RÜB Breitigen aufgefordert. Das vorliegende Honorarangebot sieht die stufenweise Beauftragung vor, zunächst nur die Leistungsphasen 1-4 HOAI.

Finanzielle Auswirkungen:

Das vorliegende Honorarangebot auf Basis der überschlägigen Grobkostenabschätzung für die zu beauftragenden Phasen 1-4 HOAI gliedert sich wie folgt auf:

Ingenieurbauwerke (Entwässerung)	36.900 EUR
Technische Ausrüstung (Hydraulik)	8.500 EUR
<u>Technische Ausrüstung (EMSR-Technik)</u>	<u>9.400 EUR</u>
Summe (brutto)	54.800 EUR

Im Haushalt 2020 stehen für diese Maßnahme finanzielle Mittel in Höhe von 50.000 EUR zur Verfügung.

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	21	0	0

Folgendes beschlossen:

Das Ingenieurbüro Wald & Corbe (Hügelsheim) wird mit den Ingenieurleistungen zum Umbau bzw. zur Ertüchtigung des Regenüberlaufbeckens „Breitigen“ beauftragt. Die vorläufige Auftragssumme für die Phasen 1-4 HOAI beläuft sich auf ca. 54.800 EUR.

Gemeinderat Bernhard Engler war bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

5.

Erneuerung der Wasserleitung in der Robert-Bosch-Straße; Vergabe der Ingenieurleistungen Vorlage: 633/2020

Die vorgesehene Baumaßnahme zur Erneuerung der Wasserleitung in einem Teilbereich der Robert-Bosch-Straße (Industriegebiet „Rohrlache“) steht als zweiter

Maßnahmenbaustein in Zusammenhang mit der bereits unlängst erfolgten Erneuerung der Wasserleitung in der Gottlieb-Daimler-Straße. Nach Durchführung dieser Maßnahme wären die störungs- und leckageanfälligen Teilbereiche der Wasserleitungsstränge im Industriegebiet „Rohrlache“ saniert.

Das Ingenieurbüro Wald & Corbe (Hügelsheim) hat bereits die Maßnahme in der Gottlieb-Daimler-Straße planerisch betreut und soll - basierend auf den bereits vorhandenen Vorkenntnissen - mit der Durchführung beauftragt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die überschlägigen Gesamtkosten der Maßnahme werden aktuell auf ca. 335.000 EUR angenommen. Das Ingenieurhonorar für die Leistungsphasen 1-8 HOAI beläuft sich auf ca. 39.000 EUR.

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	21	0	0

Folgendes beschlossen:

Das Ingenieurbüro Wald & Corbe wird mit den Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 1-8 HOAI zur Erneuerung der Wasserleitung in einem Teilbereich der Robert-Bosch-Straße beauftragt. Das vorläufige Ingenieurhonorar beläuft sich auf ca. 39.000 EUR.

Gemeinderat Bernhard Engler war bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

6.

Schülerweiterungsplanung:

Schulzentrum Teningen - Bauabschnitt 2;

Schulküchen

Vorlage: 631/2020

Im Zuge der Sanierung des Realschulgebäudes (A-Bau, Bauabschnitt 2 der Schulentwicklungsplanung) sind für folgende Bereiche Küchenmöblierungen zu installieren:

1. Küche Lehrerzimmer
2. Küche Schülerkaffee
3. Lehr- und Unterrichtsküche

Entsprechende Angebote wurden bereits eingeholt. Die Preisstruktur stellt sich wie folgt dar (jeweils brutto):

Küche Lehrerzimmer	10.500 EUR
Küche Schülerkaffee	4.400 EUR

Lehr- und Unterrichtsküche:

Variante 1:

Umzug der vorhandenen Küche aus der Hebel-Grundschule 4.500 EUR

Variante 2: Neue Küche 27.500 EUR

In der ursprünglichen Konzeption und dem bereitgestellten Budget für das Gewerk „Küchenausstattungen“ wurde davon ausgegangen, dass die vorhandene Schulküche aus der Johann-Peter-Hebel-Grundschule in das Realschulgebäude verlagert wird. Das Anschaffungsjahr der Küche ist 2003/2004 (16 Jahre). Im Zuge der anstehenden Maßnahmenumsetzung wurden Gespräche mit Schulleitung und Fachlehrerschaft geführt. Beim vorliegenden Angebot für den Küchenumzug ist zu beachten, dass ein Küchenumzug immer dahingehende finanzielle Risiken birgt, dass beim Abbau der Küche Schäden entstehen können, versteckte Mängel auftauchen und Ergänzungen/Anpassungen und Ersatzbeschaffungen notwendig werden. Insbesondere die vorhandenen Küchengeräte weisen entsprechende Abnutzungen auf, die in den Folgejahren Investitionen notwendig werden lassen. Es ist davon auszugehen, dass Küchenbauer eine Gewährleistung für den Umbau von defekten bzw. unsicheren Geräten ausschließen werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der Küchenbauer generell eine Weiterverwendung der Geräte bzw. den Wiedereinbau dieser verweigert.

Aus Sicht von Verwaltung und Projektsteuerung ist das Investitionsdelta zwischen einer neuen Küche und dem Umzug der vorhandenen Küche relativ gering, insbesondere wenn man die versteckten Risiken und Folgekosten einpreist. Die Anschaffung einer neuen Schulküche wäre wirtschaftlich interessant.

Finanzielle Auswirkungen:

Für das Gewerk „Küchenausstattung“ ist ein Budget von 23.800 EUR vorgesehen.

Variante 1:

Umzug vorhandene Küche aus der Hebel-Schule	4.500 EUR
Küche Lehrerzimmer	10.500 EUR
Küche Schülerkaffee	4.400 EUR
Summe:	19.400 EUR
vorh. Budget Gewerk „Küchenausstattung“	23.800 EUR
Budgetunterschreitung	4.400 EUR
Risiken und Folgeinvestitionen	vorhanden. Höhe unbekannt

Variante 2:

Neue Lehr- und Unterrichtsküche	27.500 EUR
Entsorgung vorh. Küche (Bauhof)	1.500 EUR
Küche Lehrerzimmer	10.500 EUR
Küche Schülerkaffee	4.400 EUR
Summe	43.900 EUR
vorh. Budget Gewerk „Küchenausstattung“	23.800 EUR
Budgetüberschreitung	20.100 EUR

Risiken und Folgeinvestitionen

keine

Die Kostenverfolgung der Bauabschnitte stellt sich laut aktuellem Projektbericht Nr. 5 wie folgt dar:

Feststellung Bauabschnitt 1:	3,9 % unter Budget	- 356.383 EUR
Prognose Bauabschnitt 2:	1,6 % über Budget	+ 75.105 EUR
Prognose Bauabschnitt 3:	0,9 % über Budget	+ 49.940 EUR

Bei Umsetzung der Variante 2 wäre ein Ausgleich der Budgetüberschreitungen durch die insgesamt vorhandenen Budgetunterschreitungen möglich. Unter Einpreisung der Risiken und Folgeinvestitionskosten, die der Umzug einer gebrauchten Küche zweifelsfrei beinhaltet, wird Variante 2 als wirtschaftlich vorzugswürdig erachtet. Eine Freigabe für die Budgetdeckung durch den ersten Bauabschnitt dient zur Absicherung. Es wird versucht, durch Einsparungen im laufenden Bauabschnitt II die Kosten aufzufangen.

Weitere Vergleichsangebote werden noch eingeholt.

In der regen, teils kontroversen Diskussion wurden insbesondere die Kosten für die Küchen „Lehrerzimmer“ und „Schülerkaffee“ als zu hoch angesehen. Man einigte sich letztlich auf einen Kompromiss.

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	20	2	0

Folgendes beschlossen:

Für die Beschaffung einer neuen Lehr- und Unterrichtsküche sowie Lehrerzimmer- und Schülerkaffee-Küche wird ein Budget von 35.000 EUR zur Verfügung gestellt. Die Variante 2

- neue Lehr- und Unterrichtsküche
- Entsorgung der vorhandenen Küche (Bauhof)
- Küche Lehrerzimmer
- Küche Schülerkaffee

soll mit der Maßgabe zur Umsetzung kommen, dass beim Einbau der Lehrerzimmer-Küche und der Schülerkaffee-Küche Sparpotenziale überprüft werden. Die Budgetüberschreitung in Höhe von 11.200 EUR wird durch die vorhandenen Budgetunterschreitungen aus Bauabschnitt 1 gedeckt.

Beitritt zur Initiative Motorradlärm **Vorlage: 635/2020**

Initiative Motorradlärm

Motorradlärm ist eine zunehmende Herausforderung – nicht nur für Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch für die Kommunen. Für Erholungssuchende ist die Lärmbelastung ein erhebliches Problem, insbesondere an landschaftlich reizvollen und kurvigen Strecken, z.B. im Ortsteil Landeck. Der Nutzungskonflikt zwischen Erholung und Motorradlärm tritt typischerweise verstärkt bei schönem Ausflugswetter nach Feierabend und am Wochenende bzw. an Feiertagen auf.

Am 29. Juli 2019 fiel der Startschuss für die gemeinsame Initiative Motorradlärm von Land und Kommunen. Initiiert durch den Lärmschutzbeauftragten, Thomas Marwein, und die Bürgermeisterin von Sasbachwalden, Sonja Schuchter, haben sich 29 Kommunen zusammengeschlossen, um dem weit verbreiteten Problem in der Öffentlichkeit mehr Gewicht zu verleihen. Es wurde vereinbart, unter Federführung des Verkehrsministeriums einen gemeinsamen Forderungskatalog zur Reduzierung von Motorradlärm zu erarbeiten und damit an politische Entscheidungsträger beim Bund und der Europäischen Union heranzutreten.

In einer Arbeitssitzung mit über 70 Vertretern von Gemeinden und Landkreisen am 2. Dezember 2019 wurden die Inhalte des Forderungskatalogs zur Reduzierung von Motorradlärm zu diskutiert.

Am 13. Februar 2020 wurde im Rahmen einer Landespressekonferenz die Initiative Motorradlärm und der Forderungskatalog durch Verkehrsminister Winfried Hermann (MdL), den Lärmschutzbeauftragten Thomas Marwein (MdL) und der Bürgermeisterin von Sasbachwalden, Sonja Schuchter, als Sprecherin der kommunalen Mitglieder der Initiative vorgestellt.

Das gemeinsame Problem „Motorradlärm“ eint viele Städte, Gemeinden und Landkreise. Bei einem Fototermin wurde die breite Unterstützung der Forderungen zur Reduzierung von Motorradlärm bildlich festgehalten.

Mitglieder:

Stand 29. April 2020 sind 95 Mitglieder der Initiative beigetreten, davon 87 Städte und Gemeinden und acht Landkreise. Eine Auflistung wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt.

Forderungen

Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, der Lärmschutzbeauftragte der Landesregierung von Baden-Württemberg und die der Initiative beigetretenen Städte, Gemeinden und Landkreise aus Baden-Württemberg fordern, dass alle bestehenden Handlungsmöglichkeiten ergriffen werden, um Motorradlärm wirkungsvoll zu reduzieren.

Die rechtlichen Möglichkeiten, die das Land und die Kommunen haben, um Motorradlärm wirkungsvoll einzudämmen, sollen ausgeschöpft werden. Doch sind diese Möglichkeiten durch ungenügende europäische Genehmigungs- bzw. Zulassungsregelungen und unzureichende bundesgesetzliche Regelungen begrenzt.

Eine Anpassung ist notwendig. Dafür setzt sich die Initiative Motorradlärm ein und fordert:

- Motorräder müssen leiser werden;
- Motorräder müssen leiser gefahren werden;
- Rücksichtsloses Fahren muss deutliche Folgen haben.

Die Forderungen im Detail

1. Genehmigungs- und Zulassungsregeln müssen überarbeitet werden.
2. Hersteller und Händler sollen leisere Motorräder herstellen/anbieten.
3. Der Umstieg auf nachhaltige und lärmarme Mobilität ist ein Muss.
4. Motorradfahrer werden aufgefordert, rücksichtsvoll und leise zu fahren.
5. Eine stärkere Verkehrsüberwachung und Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten.
6. In besonderen Fällen müssen Beschränkungen und Verbote möglich sein.
7. Eine vorsätzlich lärmerzeugende Fahrweise muss stärker geahndet werden.
8. Der Bund muss eine Lösung finden, damit bspw. "Raser" einer Strafe nicht entgehen können.
9. Alternativ wird zumindest die Einführung einer Halterhaftung gefordert.
10. Es wird eine Pflicht zur Führung eines Fahrtenbuchs gefordert.

Ausblick

Der Forderungskatalog soll an politische Entscheidungsträger bei der Bundesregierung und der Europäischen Union herangetragen werden. Die Initiative Motorradlärm soll über die Landesgrenzen von Baden-Württemberg hinweg beworben werden. Aber auch innerhalb Baden-Württembergs wird es weitere Gespräche geben, z.B. mit interessierten Verbänden und Vereinen. Ziel ist es, den Kreis der Unterstützer zu erweitern und die Forderungen zur Reduzierung von Motorradlärm mit Nachdruck weiter voran zu treiben.

Nach ausführlicher Erläuterung und reger Diskussion hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	11	2

mehrheitlich den Beitritt zu der vom Land Baden-Württemberg, den Landkreisen und Kommunen gestarteten „Initiative Motorradlärm“ abgelehnt.

8.

Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 627/2020

In der derzeit geltenden Hauptsatzung vom 27. November 2018, die zum 1. Januar 2019 in Kraft trat, kann nach § 7 Abs. 2 Nr. 6 der Bürgermeister bei der Stundung von Forderungen im Einzelfall wie folgt entscheiden:

2.6.1 *bis zu zwei Monaten in unbeschränkter Höhe,*

2.6.2 bis zu sechs Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 10.000 Euro.

Die derzeitige Conora-Krise führt bei vielen Unternehmen und Gewerbetreibenden zu finanziellen Engpässen und Liquidationsschwierigkeiten. Am 19. März 2020 veröffentlichte das Bundesministerium für Finanzen ein Schreiben über steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Conora-Virus. Unter anderem sollen den betroffenen Steuerpflichtigen bis zum 31. Dezember 2020 fällige Steuern gestundet und Steuervorauszahlungen auf Antrag herabgesetzt werden, wenn die Steuerpflichtigen unmittelbar von den Auswirkungen des Conora-Virus betroffen sind. Des Weiteren kann auf die Erhebung von Säumniszuschlägen und Stundungszinsen verzichtet werden. Von Vollstreckungsmaßnahmen ist ebenso abzusehen.

Um den Entscheidungsweg zu verkürzen, wird vorgeschlagen, die Wertgrenzen für die Zuständigkeit des Bürgermeisters bei Stundungen vorübergehend wie folgt zu erhöhen:

2.6.1 bis zu sechs Monaten in unbeschränkter Höhe,

2.6.2 bis zu zwölf Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 Euro.

Diese Regelung soll befristet bis zum 31. Dezember 2020 gelten.
Die Hauptsatzung ist entsprechend zu ändern.

Der Gemeinderat wird monatlich mittels einer Auflistung über die Stundungen informiert.

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	19	3	0

Folgendes beschlossen:

Die Wertgrenzen der Zuständigkeiten des Bürgermeisters (§ 7 Abs. 2 der Hauptsatzung) werden wie folgt befristet bis 31. Dezember 2020 geändert:

2.6.1 bis zu sechs Monaten in unbeschränkter Höhe,

2.6.2 bis zu zwölf Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 Euro.

Die Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

Satzung

zur Änderung der Hauptsatzung vom 27. November 2018

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat am 26. Mai 2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Hauptsatzung vom 27. November 2018 wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 2 Nr. 2.6 erhält folgende Fassung:

2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall

2.6.1 bis zu sechs Monaten in unbeschränkter Höhe,

2.6.2 bis zu zwölf Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 Euro;

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und am 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Teningen, den 26. Mai 2020

*Heinz-Rudolf Hagenacker
Bürgermeister*

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

9.

Annahme von Spenden

Vorlage: 629/2020

Folgende Spende wurde von der Gemeindekasse unter Vorbehalt eingenommen:

Empfänger	Zuwendung		Betrag EUR
	Zweck	Tag	
Freiwillige Feuerwehr Teningen Abt. Teningen	Förderung des Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Unfallverhütung	20.04.2020	286,74

Der Gemeinderat hat mit dem

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	22	0	0

Folgendes beschlossen:

Die genannte, unter Vorbehalt eingenommene Spende wird angenommen.

10.

Bauanträge

Vorlage: 623/2020

Nach ausführlicher Erläuterung hat der Gemeinderat über nachgenannte Bauanträge wie folgt beschlossen:

Nr.	Bauvorhaben	Beschlussvorschlag
1	Neubau Halle mit Büroräumen, Flst.Nr. 3841/13, Fritz-Schieler-Straße, Ortsteil Köndringen	Keine Einwendungen. [einstimmig]
2	Neubau eines Schlammentwässerungsgebäudes bei der Kläranlage, Flst.Nr. 3501/2, Am Sportfeld 8, Ortsteil Köndringen	Keine Einwendungen. [einstimmig]
3	Bauvoranfrage zum Abbruch einer Scheune und Neubau eines Einfamilienwohnhauses, Flst.Nr. 148, Langstraße 27, Ortsteil Nimburg	Keine Einwendungen. [einstimmig]
4	Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage, Flst.Nr. 256/1, Martin-Luther-Straße 28a, Ortsteil Teningen	Keine Einwendungen. [einstimmig]

11.

Fragen und Anregungen der anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer

Karina Schmidt-Jenne lobt die Zustimmung für die neue Schulküche und regt die Vermarktung der alten an. Bezüglich des Motorradlärms regte sie an, mobile Lärmmesser einzusetzen.

12.

Anfragen und Bekanntgaben

Gemeinderätin Sexauer erkundigte sich nach dem Baufortschritt des Stellwerks in Köndringen. Weiter regte sie an, den eingerichteten Baustellenplatz evtl. als Parkplätze anzulegen, ggf. auch für die neue Halle, die dann über einen Fußweg erreicht werden könnte.

Ende der Sitzung: 21:11 Uhr

Der Gemeinderat:

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister: